

STADT FRIEDRICHSHAFEN Sitzungsvorlage Drucksache-Nr. 2014 / V 00077	Ausfertigungen: Amt für Bildung, Familie und Sport, BSU
Dienststelle: Amt für Bildung, Familie und Sport Aktenzeichen: BFS La	19.03.2014, Unterschrift:
Mitzeichnung (Datum, Kurzzeichen): <input type="checkbox"/> BM Krezer _____ <input type="checkbox"/> EBM Dr. Köhler _____ <input checked="" type="checkbox"/> BM Hauswald _____ <input checked="" type="checkbox"/> Oberbürgermeister _____	

Betreff: Neue Form der Jugendbeteiligung				
Anlage: Überblick Herrenberger Modell				
Medien: Bitte ankreuzen. Alles, was präsentiert werden soll, muss mindestens 1 Arbeitstag vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle des Gemeinderates zugeleitet werden, damit die Präsentation gewährleistet werden kann.				
<input type="checkbox"/> MS Office 2003 Dateien (inkl. ppt, .mpp)	<input type="checkbox"/> .pdf-, htm- Dateien	<input type="checkbox"/> DVD	<input type="checkbox"/> Video (VHS)	<input type="checkbox"/> Folien (ungeeignet)

Referent und Zeitdauer: Herr Ralf Langohr / 30 Minuten

Gremium:	Datum:	Zuständigkeit:	Öffentlichkeitsstatus:
Kultur- und Sozialausschuss	10.04.2014	Vorberatung	nicht öffentlich
Gemeinderat	05.05.2014	Beschluss	öffentlich

Ggf. Hinweis auf frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, Drucksache-Nr.):

<u>FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN</u>		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	
Kosten:	<input type="checkbox"/> einmalige Kosten		Betrag:	EUR
	<input type="checkbox"/> jährliche Folgekosten:	Personalkosten	Betrag:	EUR
		Sachkosten	Betrag:	EUR
Zuschüsse	<input type="checkbox"/> einmalige Einnahme(n)		Betrag:	EUR
bzw.				
Beiträge:	<input type="checkbox"/> laufende (jährlich)		Betrag:	EUR
MITTELBEREITSTELLUNG IM HAUSHALT:				
<input type="checkbox"/> Städt. Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:	
<input type="checkbox"/> Stiftungs-Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:	
Zur Verfügung stehende Mittel (Planansatz und Haushaltsausgabereist lfd. Jahr):				EUR
Noch bereitzustellen:				EUR
Deckungsvorschlag:				EUR

Beschlussantrag:

- 1) Zur Entwicklung eines zukünftigen Jugendbeteiligungsmodells soll ein Jugendforum installiert werden.

- 2) Die bisherigen Mitglieder des Jugendrates führen ihre Geschäfte weiter, bis eine neue Form der Jugendbeteiligung beschlossen wurde.

Begründung:

1) Rückblick/ Ausgangslage

Die Stadt Friedrichshafen unterstützt die Jugendbeteiligung an politischen Themen und Entscheidungen und hat dazu seit 1990 einen Jugendrat etabliert.

Am 28.03.1990 wurde der erste Jugendrat der Stadt Friedrichshafen gewählt. Seither waren alle zwei Jahre ca. 4.000 Jugendliche aufgefordert, ihre Stimmen abzugeben.

Da die Wahlbeteiligung bei jeder Wahl rückläufig war (1990: 39,04 %, 2008: 16,90 %), war zu überlegen, ob der Verfahrensablauf der Wahl für die Jugendlichen attraktiver gestaltet werden könnte, um das Interesse an der Wahl wieder zu erhöhen.

Im Frühjahr 2010 wurde die Jugendratswahl dann von einer Briefwahl auf eine Online-Wahl umgestellt. Die Wahlbeteiligung konnte dadurch jedoch nicht erhöht werden. Bei dieser Umstellung wurde auch die Anzahl der gewählten Jugendratsmitglieder von 25 auf 20 reduziert, da nicht nur über die Jahre die Wahlbeteiligung abnahm sondern auch das Interesse als Jugendrat zu kandidieren.

Im Vorfeld zur Wahl im März 2012 zeichnete sich bei den Jugendlichen ein geringes Interesse an einer Kandidatur ab. So waren es nach Ablauf der offiziellen Bewerbungsfrist gerade mal 17 Jugendliche, die kandidierten, und nach einer Verlängerung der Bewerbungsfrist um zwei Wochen waren es letztendlich 21 Jugendliche.

In der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 5.03.2012 wurde unter dem Punkt Verschiedenes beschlossen, dass es alternative Formen der Jugendbeteiligung bedarf und dass das Prozedere der vergangenen Perioden nicht fortgesetzt werden solle. Eine Jugendratswahl in der klassischen Variante der letzten Jahre solle es zukünftig nicht mehr geben.

2) Grundsätzliches zu Kinder- und Jugendbeteiligung

Die Bereitschaft zur politischen Teilhabe braucht nicht erst im Erwachsenenalter geweckt zu werden. Viele Kinder und Jugendliche möchten mitreden können, wenn es um ihre Belange geht. Gelegenheiten dafür zu schaffen, bedeutet eine Chance für alle: Kinder und Jugendliche lernen demokratische Abläufe und Verhaltensweisen kennen und erwerben soziale Kompetenzen. Politisch verantwortliche Erwachsene erfahren mehr über die

Bedürfnisse und Interessen der jungen Mitbürger/innen und können ihre Entscheidungen besser danach ausrichten.

Die Erfahrung zeigt, dass für Erwachsene entwickelte Beteiligungsmodelle nicht ohne weiteres auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen übertragbar sind. Es bedarf alters- und interessenmäßig angepasster Mitwirkungsmöglichkeiten.

Kinder und Jugendliche haben beispielsweise ein ganz anderes Zeitgefühl als Erwachsene. Sie erwarten kurzfristige und schnelle Lösungen für ihre Anliegen und Probleme. Dies ist sowohl bei der Dauer von Planungsprozessen als auch für die Phase zwischen Planungen und ihrer Umsetzung zu berücksichtigen. Wenn trotz aller Bemühungen gemeinsam entwickelte Vorstellungen nicht kurzfristig realisiert werden können, müssen die Gründe dafür einsehbar und verständlich gemacht werden.

Ebenso sind stundenlange Sitzungsroutinen für Kinder und Jugendliche eher abschreckend. Kinder und junge Menschen wünschen lebendige Formen, die auch Spaß machen und bei denen etwas rauskommt.

Genauso wie Erwachsene wollen Kinder und Jugendliche ernst genommen werden. Bei Angeboten zur Kinder- und Jugendbeteiligung darf es sich nicht bloß um pädagogische »Spielwiesen« handeln. Es geht um reale Entscheidungsprozesse und nicht um deren Simulation.

Besondere Aufmerksamkeit muss auch in der Kinder- und Jugendbeteiligung ihrer sozialen Ausgewogenheit gelten. Die eingesetzten Beteiligungsverfahren sind deshalb ebenso darauf zu überprüfen, ob sie wirklich alle Zielgruppen, d.h. auch benachteiligte Kinder- und Jugendliche, erreichen und ggf. entsprechend zu erweitern oder zu modifizieren sind.

In der Kinder- und Jugendbeteiligung lassen sich grob fünf Formen unterscheiden:

- Beteiligung von Jugendverbänden
- Direkt gewählte Vertretungen
- Offene Formen (Anhörungen)
- Projektbezogene Formen der Beteiligung
- Beauftragten-Modelle

Beteiligung von Jugendverbänden

Die Beteiligung von Jugendverbänden geschieht vornehmlich durch die Jugendringe. Jugendringe sind Zusammenschlüsse der Jugendorganisationen und -verbände in einer Gemeinde, Stadt oder in einem Kreis, um die Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen wahrzunehmen. Sie sollen zu allen jugendrelevanten Themen angehört werden und haben Mitgliedschaft bzw. Anhörungsrecht in den Jugendhilfeausschüssen. Ihnen entsprechen auf Länderebene die Landesjugend- und auf Bundesebene der Bundesjugendring. Einen solchen Jugendverband (Stadtjugendring) gibt es in FN jedoch nicht.

Direkt gewählte Vertretungen

Unabhängig davon gibt es in vielen Städten und Gemeinden auch sog. Kinder- und Jugendparlamente. Sie werden in der Regel direkt gewählt. Wahlverfahren und Alterszusammensetzung dieser Parlamente sind jedoch von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. Ebenso variiert die Wahlbeteiligung. Als generelle Tendenz lässt sich indes feststellen, dass sie eher höher liegt, wenn die Wahlverfahren in bzw. von Schulen und Schülervertretungen (SV) organisiert werden. Kinder- und Jugendparlamente sind vor allem in kleineren und mittelgroßen Städten verbreitet, weniger dagegen in Großstädten. Wegen des großen Einzugsgebietes und Problemen der Überschaubarkeit macht hier eher eine Anbindung an die Stadtteil- bzw. Bezirksebene Sinn.

Offene Formen (Anhörungen)

Hierunter fallen z.B. Kinder-Stadtteilversammlungen, Kinder-Sprechstunden, Kinder-Gemeinderatssitzungen etc. Die Kinder oder Jugendlichen einer bestimmten Altersgruppe aus einer Stadt oder einem Stadtteil werden zu bestimmten Terminen eingeladen, um ihre Ideen, Probleme oder Anliegen den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung vorzutragen. Alle eingeladenen Jugendlichen können teilnehmen, ein Wahlverfahren findet nicht statt. Um die Versammlung besser strukturieren zu können, bitten die Einladenden häufig vorab um die Benennung von Fragen und Themenvorschlägen. Wichtig ist, dass Politik und Verwaltung sich verpflichten und einen geeigneten Weg finden, die Kinder und Jugendlichen nach der Versammlung darüber zu informieren, was aus ihren Vorschlägen geworden ist.

Projektbezogene Formen der Beteiligung

Bei projektbezogenen Formen der Beteiligung geht es meistens um ganz konkrete Planungs- und Entscheidungsprozesse. Kinder und Jugendliche erhalten Gelegenheit, ihre Wünsche und Interessen einzubringen. Dies kann z.B. über Zukunftswerkstätten, Workshops, aktivierende Befragungen usw. geschehen.

Ein methodischer Ansatz ist die sog. Beteiligungsspirale nach Waldemar Stange. Sie beginnt mit verschiedenen kindgerecht gestalteten Zukunftswerkstätten. Deren noch eher allgemeinen Ergebnisse bilden dann die Grundlage für die Arbeit der sog. Planungszirkel, deren Ziel es ist, die praktische Realisierung der Vorschläge gemeinsam vorzubereiten. Im Planungszirkel können entweder die gleichen Kinder und Jugendlichen mitarbeiten oder aber auch neue Interessierte hinzugewonnen werden. Während die Zukunftswerkstatt nur einmal tagt, kommt der Planungszirkel mehrfach zusammen. Zwischen seinen Treffen finden vorbereitende Aktivitäten und Ortsbegehungen statt.

Beauftragten-Modelle

Diese Modelle ähneln in Intention und Durchführung in gewisser Weise dem Modell der Anwaltsplanung. Haupt- oder ehrenamtlich tätige Erwachsene treten bei Verwaltungen oder in politischen Entscheidungsgremien für die Interessen von Kindern und Jugendlichen ein. Dies kann in Form sog. Kinder- oder Jugendbeauftragter, Kinderanwälte oder Kinderbüros geschehen. Wichtig ist in jedem Fall, dass dies nicht abgehoben oder isoliert von den Kindern und Jugendlichen, sondern ähnlich wie bei der Anwaltsplanung in enger Kooperation mit den Kindern und Jugendlichen geschieht. Dazu sind kindgerechte Formen der Ansprache erforderlich. Ein bekanntes Modell ist der »Till in Düsseldorf«, der von Spielplatz zu Spielplatz und anderen Treffpunkten von Kindern und Jugendlichen geht, sich ihre Sorgen anhört und gemeinsame Aktionen plant.

3) Modelle/ Beispiele

Vorstellung des Ravensburger Modells „Schülerrat“

Vorstellung des Herrenberger Beteiligungsmodells

Vorstellung des Filderstädter Modells (Jugendgemeinderat)

Die Modelle werden in der KSA-Sitzung kurz mündlich erläutert. Zudem werden Vertreter des Jugendrat FN sowie Vertreter aus Ravensburg (Schülerrat und Verwaltung) für Fragen zur Verfügung stehen.

Fazit

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung. Dieses Recht ist in nationalen wie auch internationalen Gesetzen rechtlich festgeschrieben (KJHG, NAP, GemO)

Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, ihre Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren. Damit Partizipation tatsächlich wirksam werden kann, reicht es allerdings nicht aus, dass Interessen artikuliert werden. Sie müssen außerdem gehört, verstanden und aufgegriffen werden. Und dies nicht von irgendjemand, sondern von denjenigen, die über den notwendigen Einfluss verfügen, um die Interessen schließlich auch umzusetzen.

Die Friedrichshafener Variante einer gewählten Jugendvertretung in Form eines Jugendrats hat in den letzten knapp 25 Jahren „Federn“ lassen müssen und erscheint momentan für Jugendliche unattraktiv. Nichts desto trotz muss die Stadt Friedrichshafen ihren Kindern und Jugendlichen Beteiligungsmöglichkeiten anbieten und mit ihnen gemeinsam tragbare und für die Kinder und Jugendlichen attraktive Beteiligungsmodelle erarbeiten. Ein selbst von Jugendlichen entwickeltes Beteiligungsmodell lässt aus Sicht der Verwaltung eine höhere Akzeptanz und ein höheres Engagement der Jugendlichen erwarten.

Verwaltungsvorschlag:

Das Fachamt stellt sich vor, ein an das Herrenberger Modell angelehntes Beteiligungsmodell mit den Jugendlichen zu entwickeln. Dazu wäre in einem ersten Schritt eine Steuerungsgruppe einzurichten und in einem zweiten Schritt ein Jugendforum zu installieren, in welchem dann zukünftige Modelle der Jugendbeteiligung diskutiert und entwickelt werden.